

Auszug aus: **Statuten der Interessensgemeinschaft Hanság:**

§1: Name, Sitz und Tätigkeitsbereich

(1) Der Verein führt den Namen **Interessensgemeinschaft Hanság**

(2) Er hat seinen Sitz in Tadten, und erstreckt seine Tätigkeit auf den Hanság (dies sind die südlich der Ortschaften Andau, Tadten und Wallern gelegenen Teile dieser Katastralgemeinden).

(3) Die Errichtung von Zweigvereinen ist nicht beabsichtigt. Der Verein wird allerdings aufgrund der Lage der Grundstücke in die Ortsgruppen Andau (Hanság der KG. Andau), St. Andrä (das sind die Grundstücke der KG. Tadten, deren Grundstücksnummer mit 1996/... beginnen), Tadten (Hanság der KG. Tadten minus St. Andrä) und Wallern (Hanság der KG. Wallern) gegliedert. Den Ortsgruppen kommt keine eigene Rechtspersönlichkeit zu.

§2: Zweck

Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist bezweckt, die Interessen seiner Mitglieder in allen Angelegenheiten, Vorhaben und Projekten, welche die Bewirtschaftung des Grundeigentums im Hanság unmittelbar oder mittelbar berühren, wahrzunehmen und wirksam zu vertreten.

§3: Mittel zur Erreichung des Vereinszwecks

(1) Der Verein soll durch die in den Abs. 2 und 3 angeführten ideellen und materiellen Mittel erreicht werden.

(2) Als ideelle Mittel dienen:

- a) Koordinierung, Förderung und Unterstützung der auf die Erfüllung des Vereinszweckes gerichteten Tätigkeit der Mitglieder.
- b) Durchführung von Initiativen (Verhandlungen mit zuständigen Stellen) zur Verwertung (Verpachtung, sonstige Nutzungsmöglichkeiten), der Nutzflächen auf der Basis des entgangenen Nutzens für die Mitglieder, der durch die Unterschutzstellung als Naturschutz-beziehungsweise Landschaftsschutzgebiet oder aufgrund sonstiger Interessen entstanden ist beziehungsweise entsteht.
- c) Einarbeitung von Förderungsvorschlägen und Programmen, Veröffentlichungen und sonstigen Unterlagen.
- d) Aufklärung und Beratung der Mitglieder , insbesondere durch Abhalten von Informationsveranstaltungen und Durchführung von Öffentlichkeitsarbeiten.
- e) Zusammenarbeit mit den Organisationen die gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen.
- f) Durchführung von Maßnahmen und Schaffung von Einrichtungen zur Förderung der Mitglieder, die Verwaltung bzw. Mitwirkung an der Verwaltung solcher Einrichtungen.
- g) Abschluss und Abwicklung von Rechtsgeschäften, die dem Erreichen des Vereinszweckes dienlich sind.

(3) Die erforderlichen materiellen Mittel sollen aufgebracht werden durch:

- a) Beitrittsgebühren und Mitgliedsbeiträge
- b) Flächenumlagen
- c) Erträge aus Vereinsveranstaltungen
- d) Spenden und sonstige Zuwendungen
- e) sonstigen Erträgen

§ 4: Arten der Mitgliedschaft

(1) Die Mitglieder des Vereins gliedern sich in ordentliche, außerordentliche und Ehrenmitglieder.

(2) Ordentliche Mitglieder sind jene, die sich voll an der Vereinsarbeit beteiligen. Außerordentliche Mitglieder sind solche, die die Vereinstätigkeit vor allem durch Zahlung eines erhöhten Mitgliedsbeitrages oder durch Sach- oder Dienstleistungen fördern. Ehrenmitglieder sind Personen, die hiezu wegen besonderer Verdienste um den Verein ernannt werden.

§ 5: Erwerb der Mitgliedschaft

(1) Mitglieder des Vereins können alle physischen Personen sowie juristische Personen und rechtsfähige Personengesellschaften werden, die Eigentümer, Pächter oder Fruchtgenießer land- und forstwirtschaftlicher sowie sonstiger genutzter Grundstücke im Bereich des Hanság sind. So fern die oben genannten Grundstücke im Eigentum zweier oder mehrerer Personen stehen oder Eigentum einer juristischen Person oder einer Gesellschaft nach dem Handelsrecht sind oder der deren Bewirtschaftung durch zwei oder mehrere Personen gemeinsam erfolgt, können diese nur durch eine physische Person aufgenommen und vertreten werden. Mit dem Beitrittsansuchen ist die Bevollmächtigung für diese Personen nachzuweisen. Bei Miteigentum von Ehegatten erfolgt die Vertretung jeweils durch einen Ehegatten, und zwar durch einfache schriftliche Erklärung. Agrargemeinschaften und Genossenschaften werden durch den jeweiligen Obmann/die jeweilige Obfrau vertreten.

(2) Über die Aufnahme von ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern entscheidet der Vorstand. Die Aufnahme kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden.

(3) Bis zur Entstehung des Vereins erfolgt die vorläufige Aufnahme von ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern durch die Vereinsgründer, im Fall eines bereits bestellten Vorstands durch diesen. Diese Mitgliedschaft wird erst mit Entstehung des Vereins wirksam. Wird ein Vorstand erst nach Entstehung des Vereins bestellt, erfolgt auch die (definitive) Aufnahme ordentliche und außerordentlicher Mitglieder bis dahin durch die Gründer des Vereins.

(4) Die Ernennung zum Ehrenmitglied erfolgt auf Antrag des Vorstandes durch die Generalversammlung.

§ 6: Beendigung der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, bei juristischen Personen und rechtsfähigen Personengesellschaften durch Verlust der Rechtspersönlichkeit, durch freiwilligen Austritt und durch Ausschluss.

(2) Der Austritt kann nur zum Jahresende erfolgen. Er muss dem Vorstand spätestens 1. Oktober des betreffenden Jahres schriftlich mitgeteilt werden. Erfolgt die Anzeige verspätet, so ist sie erst zum nächsten Austrittstermin wirksam. Für die Rechtzeitigkeit ist das Datum der Postaufgabe maßgeblich.

(3) Der Vorstand kann ein Mitglied ausschließen, wenn dieses trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung unter Setzung einer angemessenen Nachfrist länger als sechs Monate mit der Zahlung der Mitgliedsbeiträge im Rückstand ist. Die Verpflichtung zur Zahlung der fällig gewordenen Mitgliedsbeiträge bleibt hiervon unberührt.

(4) Der Ausschluss eines Mitgliedes aus dem Verein kann vom Vorstand auch wegen grober Verletzung anderer Mitgliedspflichten und wegen unehrenhaften Verhaltens verfügt werden.

(5) Die Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft kann aus den im Abs. 4 genannten Gründen von der Generalversammlung über Antrag des Vorstands beschlossen werden.

§ 7: Rechte und Pflichten der Mitglieder

(1) Die Mitglieder sind berechtigt, an allen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen und die Einrichtungen des Vereins zu beanspruchen. Das Stimmrecht in der Generalversammlung sowie das aktive und passive Wahlrecht stehen nur den ordentlichen und den Ehrenmitgliedern zu.

(2) Jedes Mitglied ist berechtigt, vom Vorstand die Ausföhlung der Statuten zu verlangen.

(3) Mindestens ein Zehntel der Mitglieder kann vom Vorstand die Einberufung einer Generalversammlung verlangen.

(4) Die Mitglieder sind in jeder Generalversammlung vom Vorstand über die Tätigkeit und finanzielle Gebarung des Vereins zu informieren. Wenn mindestens ein Zehntel der Mitglieder dies unter Angabe von Gründen verlangt, hat der Vorstand den betreffenden Mitgliedern eine solche Information auch sonst binnen vier Wochen zu geben.

(5) Die Mitglieder sind vom Vorstand über den geprüften Rechnungsabschluss (Rechnungslegung) zu informieren. Geschieht dies in der Generalversammlung, sind die Rechnungsprüfer einzubinden.

(6) Jedes Mitglied hat das Recht, die Protokollierung seiner Anträge und Stellungnahmen zu verlangen.

(7) Die Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen des Vereins nach Kräften zu fördern und alles zu unterlassen, wodurch das Ansehen und der Zweck des Vereins Abbruch erleiden könnte. Sie haben die Vereinsstatuten und die Beschlüsse der Vereinsorgane zu beachten. Die ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder sind zur pünktlichen Zahlung der Beitrittsgebühr und der Mitgliedsbeiträge in der von der Generalversammlung beschlossenen Höhe verpflichtet.

§ 8: Vereinsorgane

Organe des Vereins sind die Ortsgruppenversammlung (§ 1, Abs. 3), die Generalversammlung (§§ 9 und 10), der Vorstand (§§ 11 bis 13), die Rechnungsprüfer (§14) und das Schiedsgericht (§15).

§ 9: Generalversammlung

(1) Die Generalversammlung ist die **Mitgliederversammlung** im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Eine ordentliche Generalversammlung findet jährlich statt.

(2) Eine außerordentliche Generalversammlung findet auf:

- a) Beschluss des Vorstands oder der ordentlichen Generalversammlung
- b) schriftlichen Antrag von mindestens ein Zehntel der Mitglieder
- c) Verlangen der Rechnungsprüfer (§ 21 Abs. 5 erster Satz VereinsG)
- d) Beschluss eines Rechnungsprüfer (§ 21 Abs. 5 zweiter Satz VereinsG, § 11 Abs. 2 dritter Satz dieser Statuten)
- e) Beschluss eines gerichtlich bestellten Kurators (§ 11 Abs. 2 letzter Satz dieser Statuten) binnen 4 Wochen statt.

(3) Sowohl zu den ordentlichen wie auch zu den außerordentlichen Generalversammlungen sind alle Mitglieder mindestens zwei Wochen vor dem Termin schriftlich, mittels Telefax oder per E-Mail (an die vom Mitglied dem Verein bekannt gegebene Fax-Nummer oder E-Mail-Adresse) einzuladen. Die Anberaumung der Generalversammlung hat unter Angab der Tagesordnung zu erfolgen. Die Einberufung erfolgt durch den Vorstand (Abs. 1 und Abs. 2 lit. a - c), durch einen Rechnungsprüfer (Abs. 2 lit. d) oder durch einen gerichtlich bestellten Kurator (Abs. 2 lit. e).

(4) Anträge zur Generalversammlung sind mindestens 3 Tage vor dem Termin der Generalversammlung beim Vorstand schriftlich, mittels Telefax oder per E-Mail einzureichen.

(5) Gültige Beschlüsse - ausgenommen solche über einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung - können nur zur Tagesordnung gefasst werden.

(6) Bei der Generalversammlung sind alle Mitglieder teilnahmeberechtigt. Stimmberechtigt sind nur die ordentlichen und Ehrenmitglieder. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Die Übertragung des Stimmrechts auf ein anderes Mitglied im Wege einer schriftlichen Bevollmächtigung ist zulässig.

(7) Die Generalversammlung ist beschlussfähig, wenn ein Drittel der ordentlichen Mitglieder anwesend ist. Wird diese Zahl nicht erreicht, so ist nach Ablauf einer halben Stunde die Vollversammlung mit der gleichen Tagesordnung ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig.

(8) Die Wahlen und Beschlussfassungen in der Generalversammlung erfolgen in der Regel mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Beschlüsse, mit denen das Statut des Vereins geändert oder der Verein aufgelöst werden soll, bedürfen jedoch einer qualifizierten Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen. Wahlen können offen, und wenn die Mehrheit der Vollversammlung es wünscht, auch geheim mit Stimmzetteln durchgeführt werden.

(9) Der Vorsitz in der Generalversammlung führt der Obmann, bei dessen Verhinderung sein erster Vertreter bzw. Stellvertreter. Wenn auch dieser verhindert ist, so führt das an Jahren älteste anwesende Vorstandsmitglied den Vorsitz.

§ 10: Aufgaben der Generalversammlung

Der Generalversammlung sind folgende Aufgaben vorbehalten:

- a) Beschlussfassung über den Voranschlag
- b) Entgegennahme und Genehmigung des Rechenschaftsberichtes und des Rechnungsabschlusses unter Einbindung der Rechnungsprüfer
- c) Wahl und Enthebung der Mitglieder des Vorstands und der Rechnungsprüfer
- d) Genehmigung von Rechtsgeschäften zwischen Rechnungsprüfern und Verein
- e) Entlastung des Vorstands
- f) Festsetzung der Höhe der Beitrittsgebühr und der Mitgliedsbeiträge für ordentliche und für außerordentliche Mitglieder
- g) Verleihung und Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft
- h) Beschlussfassung über Statutenänderungen und freiwillige Auflösung des Vereins
- i) der Beitritt zu gleichartigen Vereinen und Arbeitsgemeinschaften für das gesamte Bundesgebiet
- j) Wahl von zwei Rechnungsprüfern jeweils auf die Dauer eines Jahres
- k) Bestellung von zwei Stimmenzähler für das Feststellen der Abstimmungsergebnisse
- l) Genehmigung des Protokolls der letzten Generalversammlung
- m) Beratung und Beschlussfassung über sonstige auf der Tagesordnung stehende Fragen

§ 11: Der Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus Obmann, erstem, zweiten und dritten Obmannstellvertreter (wobei jeder Ortsgruppe jeweils eine dieser Funktionen zusteht) und 6-10 weiteren Mitgliedern, die von der Generalversammlung entsendet werden. Dabei steht jeder Ortsgruppe je begonnen 15% der Mitglieder ein weiteres Vorstandsmitglied zu (wobei als Stichtag der Tag vor der Einberufung der Generalversammlung gilt). Wird ein Geschäftsführer bestellt, so ist dieser ein nicht stimmberechtigtes Mitglied des Vorstandes. Von den Vorstandsmitgliedern werden, sofern kein Geschäftsführer bestellt wird, ein Kassier und ein Schriftführer gewählt.

(2) Der Vorstand wird von der Generalversammlung gewählt. Der Vorstand hat bei Ausscheiden eines gewählten Mitglieds das Recht, an seine Stelle ein anderes wählbares Mitglied zu kooptieren, wozu die nachträgliche Genehmigung in der nächstfolgenden Generalversammlung einzuholen ist. Fällt der Vorstand ohne Selbstergänzung durch Kooptierung überhaupt oder auf unvorhersehbar lange Zeit aus, so ist jeder Rechnungsprüfer verpflichtet, unverzüglich eine außerordentliche Generalversammlung zum Zweck der Neuwahl eines Vorstandes einzuberufen. Sollten auch die Rechnungsprüfer handlungsunfähig sein, hat jedes ordentliche Mitglied, das die Notsituation erkennt, unverzüglich die Bestellung eines Kurators bei zuständigem Gericht zu beantragen, der umgehend eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen hat.

(3) Die Funktionsperiode des Vorstands beträgt vier Jahre, Wiederwahl ist möglich. Jede Funktion im Vorstand ist persönlich auszuüben.

(4) Der Vorstand wird vom Obmann, bei Verhinderung vom ersten Stellvertreter, bei dessen Verhinderung von seinem Zweiten, bei dessen Verhinderung von seinem dritten Stellvertreter schriftlich oder mündlich einberufen. Sind auch diese auf unvorhersehbar lange Zeit verhindert, darf jedes sonstige Vorstandsmitglied den Vorstand einberufen.

(5) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn alle seine Mitglieder eingeladen wurden und mindestens die Hälfte von ihnen anwesend ist.

(6) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit, bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

(7) Aufnahme und Kündigung von Angestellten des Vereins

(8) Durchführung der Beschlüsse der Generalversammlung.

§ 13: Besondere Obliegenheiten einzelner Vorstandsmitglieder

(1) Der Obmann führt die laufenden Geschäfte des Vereins. Der Schriftführer unterstützt den Obmann bei der Führung der Vereinsgeschäfte.

(2) Der Obmann vertritt den Verein nach außen. Schriftliche Abfertigungen des Vereins bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Unterschriften des Obmann und des Schriftführers, in Geldangelegenheiten (vermögenswerte Dispositionen) des Obmannes und des Kassiers.

(3) Rechtsgeschäftliche Vollmachten, den Verein nach außen zu vertreten bzw. für ihn zu zeichnen, können ausschließlich von in Abs. 2 genannten Vorstandsmitgliedern erteilt werden.

(4) Bei Gefahr im Verzug ist der Obmann berechtigt, auch in Angelegenheiten, die in den Wirkungsbereich der Generalversammlung oder des Vorstandes fallen, unter eigener Verantwortung selbstständig Anordnungen zu treffen; im Innenverhältnis bedürfen diese jedoch der nachträglichen Genehmigung durch das zuständige Vereinsorgan.

(5) Der Obmann führt den Vorsitz in der Generalversammlung, im Vorstand und in den Ortsgruppenversammlungen.

(6) Schriftführer führt die Protokolle der Generalversammlung und des Vorstandes. Aus den Protokollen hat die Zahl der anwesenden Mitglieder, die Beschlussfähigkeit und die gefassten Beschlüsse mit dem jeweiligen Abstimmungsergebnis ersichtlich zu sein.

(7) Der Kassier ist für die ordnungsgemäße Geldgebarung des Vereins verantwortlich.

(8) Im Fall der Verhinderung tritt an die Stelle des Obmanns sein Stellvertreter.

(9) Ein Geschäftsführer, der nicht Mitglied des Vereins sein muss, kann bei Bedarf vom Vorstand bestellt werden. Unter Anleitung des Obmanns übernimmt er die Aufgaben des Schriftführers und des Kassiers.

§ 14: Rechnungsprüfer

(1) Zwei Rechnungsprüfer werden von der Generalversammlung auf die Dauer von einem Jahr gewählt. Wiederwahl ist möglich. Die Rechnungsprüfer dürfen keinem Organ - mit Ausnahme der Generalversammlung - angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Prüfung ist.

(2) Den Rechnungsprüfern obliegen die laufende Geschäftskontrolle sowie die Prüfung der Finanzgebarung des Vereins im Hinblick auf die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung und die statutengemäße Verwendung der Mittel. Der Vorstand hat den Rechnungsprüfern die erforderlichen Unterlagen vorzulegen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die Rechnungsprüfer haben dem Vorstand über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.

(3) Rechtsgeschäfte zwischen Rechnungsprüfer und Verein bedürfen der Genehmigung durch die Generalversammlung. Im Übrigen gelten für die Rechnungsprüfer die Bestimmungen § 11 Abs. 8 bis 10 sinngemäß.

§ 15: Schiedsgericht

(1) Zur Schlichtung von allen aus dem Vereinsverhältnis entstehenden Streitigkeiten ist das vereinsinterne Schiedsgericht berufen. Es ist eine **Schlichtungseinrichtung** im Sinne des Vereinsgesetzes 2002 und kein Schiedsgericht nach dem §§ 577 ff ZPO.

(2) Das Schiedsgericht setzt sich aus drei ordentlichen Mitgliedern zusammen. Es wird derart gebildet, dass ein Streitteil dem Vorstand ein Mitglied als Schiedsrichter schriftlich namhaft macht. Über Aufforderung durch den Vorstand binnen sieben Tagen macht der andere Streitteil innerhalb von 14 Tagen seinerseits ein Mitglied des Schiedsgerichts namhaft. Nach Verständigung durch den Vorstand innerhalb von sieben Tagen wählen die namhaft gemachten Schiedsrichter binnen weiterer 14 Tage ein drittes ordentliches Mitglied zum Vorsitzenden des Schiedsgerichts. Bei Stimmgleichheit entscheidet unter den Vorgeschlagenen das Los. Die Mitglieder des Schiedsgerichtes dürfen keinem Organ - mit Ausnahme der Generalversammlung - angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Streitigkeit ist.

(3) Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidung nach Gewährung beiderseitigen Gehörs bei Anwesenheit aller seiner Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit. Es entscheidet nach bestem Wissen und Gewissen. Seine Entscheidungen sind vereinsintern endgültig.

§ 16: Ortsgruppenversammlung

Die Mitglieder, welche Grundstücke in den Ortsgruppen nach §1, Abs. 3 besitzen, bilden die Ortsgruppenversammlung. Die Ortsgruppenversammlung wird vom Obmann bzw. einem seiner Stellvertreter geleitet und hat beratende Funktion für alle, die Ortsgruppe betreffenden wichtigen Umstände. Sie bereitet einen Wahlvorschlag für die der Ortsgruppe zustehenden Vorstandsmitglieder vor. Die Ortsgruppenversammlung wird bei Bedarf einberufen.

§ 17: Freiwillige Auflösung des Vereins

(1) Die freiwillige Auflösung des Vereins kann nur in einer zu diesem Zwecke einberufenen außerordentlichen Generalversammlung und nur mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden.

(2) Die Generalversammlung hat auch - sofern Vereinsvermögen vorhanden ist - über die Abwicklung zu beschließen. Insbesondere hat sie einen Abwickler zu berufen und Beschluss darüber zu fassen, wem dieser das nach Abdeckung der Passiven verbleibende Vereinsvermögen zu übertragen hat. Dieses Vermögen soll, soweit dies möglich und erlaubt ist, einer Organisation zufallen, die gleiche oder ähnliche Zwecke wie dieser Verein verfolgt, sonst Zwecken der Sozialhilfe.